



Vorsorgeforum

Der Newsletter zur 2. Säule

504 3.6.2024



Newsletter als PDF zum
Herunterladen und Ausdrucken
hier.

KOMMENTAR

Zwei Seelen - und noch mehr Politik

Die Diskussion um die BVG-Reform hat surreale Züge. Die Linke müsste sie eigentlich begrüßen, lehnt sie aber ab – aus politischen Gründen; die Branchenverbände und Arbeitgeber sollten sie eher zurückweisen, unterstützen sie aber – aus politischen Gründen. Vernünftigerweise müssten beide Seiten die Fronten wechseln, tun es aber nicht. Sie tun es nicht, Sie ahnen es – aus politischen Gründen. Selten lagen die Interessen so im Clinch mit der Politik.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung der IZS referierten in Zürich Reto Leibundgut, c-alm, contra, und Hermann Walser, ehemaliger ASIP-Direktor, pro Reform 21. Die Diskussion ergänzte bestens die Diskussion anlässlich der Mitgliederversammlung des Vorsorgeforums mit den Spitzen der Sozialpartner in Bern. In bescheidenerem Rahmen und weniger Prominenz, dafür näher an den Details und den konkreten Problemen.

Leibundgut gab einen Überblick über all die Mängel, Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten, welche die Vorlage in so reichem Mass auszeichnen. 15 Prozent der Versicherten sind von der Senkung des Umwandlungssatzes betroffen, 50 Prozent sollen von den Ausgleichsmassnahmen profitieren. Der im Publikum anwesende Geschäftsführer der Pensionskasse Migros, Christoph Ryter, zeigte am Beispiel seiner Kasse die konkreten Verhältnisse auf. 51'000 Versicherte zählt die MPK, von der UWS-Senkung betroffen sind 23 (in Worten: dreiundzwanzig!) Personen. Rund 19'000 gehören zur Übergangsgeneration, 8000 könnten Zuschläge erhalten.

In den meisten gutausgebauten privaten und öffentlichen Kassen dürften ähnliche Verhältnisse vorliegen. Während der Übergangsfrist erhalten viele Neupensionierte über eine komplizierte Umverteilung grundlos resp. aus politischem Kalkül

zusätzliche Gelder; wer vor- oder nachher pensioniert wird, geht leer aus. Unter dem Titel «Gerechtigkeit» lässt sich das nicht erklären.

Den Ausbau der Leistung für Geringverdienende kann man begrüßen. Aber er schießt übers Ziel hinaus und führt mit Leibundguts Worten zu «teils gigantischen Beitragssteigerungen».

Für die Pensionskassen stellt sich die Frage, wie die Kompensationsansprüche im Einzelfall ermittelt werden sollen. Die Reform gibt nur die Eckwerte auf Basis der vorhandenen Altersguthaben vor. Wie die Umstände beim Zustandekommen des Schlussbetrags berücksichtigt werden sollen, ist gänzlich dem Bundesrat resp. einer nicht einmal in Umrissen bekannten Verordnung überlassen. Für die durchführenden Kassen eine Zumutung und für die Beurteilung dieser Reform mehr als eine Unterlassungssünde.

Die Kritikpunkte sind Hermann Walser bekannt, und er bestreitet sie auch nicht. Was ihn umtreibt, ist – wie bei vielen Befürwortern der Reform – die Angst, dass die berufliche Vorsorge bei einer Ablehnung Schaden erleiden könnte. Sie würde als nicht reformierbar und schwerfällig erscheinen. Die Verbesserungen besonders für Frauen müssten ausbleiben, desgleichen die dringliche Senkung des Umwandlungssatzes.

Anstelle einer Stärkung der Altersvorsorge mit der 2. Säule kämen absehbar neue Forderungen für einen weiteren AHV-Ausbau. Und dass bei einem Scheitern der Reform innert nützlicher Frist eine neue realisiert werden könnte, welche nur gerade die nötigsten Verbesserungen und Anpassungen umfasst, hält Walser für unwahrscheinlich. Seine Erfahrung und der aktuelle Zustand des Parlaments lassen das nicht erwarten.

Wie soll man abstimmen? Soll man aus politischen Überlegungen zustimmen und die Mängel der Reform in Kauf nehmen? Die Fachverbände – mit Ausnahme der PK-Experten – meinen ja. Auch der Vorstand des Vorsorgeforums unterstützt die BVG 21. Ob das die Verbandsmitglieder auch so sehen, ist nicht klar. Die Nein-Kampagne der Gewerkschaften macht die Sache auch nicht leichter. Der möchte man sich nicht anschliessen. Statt Freude herrscht Verwirrung.

Peter Wirth, [E-Mail](#) / [FR](#)

PS 1. Der nächste Newsletter erscheint am 17. Juni

PS 2. Die [IZS](#) führt am 11. Juni einen online-Dialog zur BVG 21 durch. Referenten

sind wiederum Reto Leibundgut, dieses Mal zusammen mit ASIP-Direktor Lukas Müller-Brunner.

Mehr Flexibilität

Geniessen Sie mehr Möglichkeiten. Dank unseren flexiblen Lösungen lassen sich Vorsorgepläne ganz nach Ihren individuellen Bedürfnissen anpassen. **Gemini.ch**

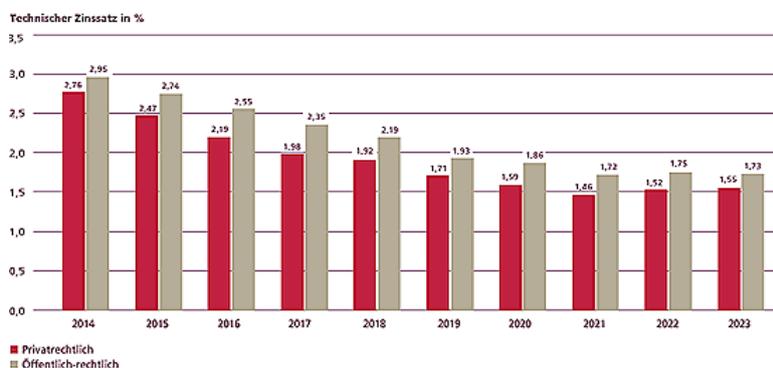
GEMINI
SAMMELSTIFTUNG

AKTUELL

PK-Studie bestätigt gute Verfassung der PKs

29. Mai 2024

Abbildung E-1: Entwicklung des durchschnittlichen technischen Zinssatzes im Beitragsprimat seit 2014



Was früher die Swisscanto-Studie war, heisst nun Schweizer Pensionskassenstudie und sie bestätigt in der Ausgabe 2024, dass die Pensionskassen in guter Verfassung sind. In der Medienmitteilung wird dazu ausgeführt:

Die 2. Säule präsentiert sich kurz vor der Abstimmung zur BVG-Reform stabil. Die 24. Ausgabe der Schweizer Pensionskassenstudie bestätigt: Der langjährige Leistungsabbau in der beruflichen Vorsorge wurde gestoppt. Nach dem guten Börsenjahr 2023 ist die finanzielle Situation der Pensionskassen solid und erstmals stehen wieder Leistungsverbesserungen in Aussicht.

Hohe Renditen ermöglichen Ausbau der Reserven und Leistungen

Im Anlagejahr 2023 erzielten die Pensionskassen im Schnitt eine **Nettorendite von 5,1 Prozent**. Damit konnten die Vorsorgewerke ihr finanzielles Polster deutlich ausbauen. Nachdem der Deckungsgrad der privatrechtlichen Kassen im Jahr 2022 durch die negativen Renditen von 122,1 auf 110,1 Prozent gesunken war, lag er Ende 2023 bereits wieder bei

113,5 Prozent. Fast die Hälfte der Kassen hat die Wertschwankungsreserven zu mindestens 75 Prozent aufgefüllt und wäre damit bereit für Leistungsverbesserungen.

Die **durchschnittliche Rendite** der besten 10 Prozent der Kassen lag 2023 bei 8,2 Prozent, während die schlechtesten 10 Prozent der Kassen 2,3 Prozent erreichten. «Die höhere Performance der erfolgreichen Kassen kommt den Versicherten zugute: Die Top-Performer weisen per Ende 2023 wieder einen hohen Deckungsgrad aus und haben ihre Wertschwankungsreserven weitgehend gebildet. Dies hat ihnen ermöglicht, die gute Performance an die Aktivversicherten weiterzugeben und mit 3,7 Prozent deutlich über dem BVG-Mindestzins zu verzinsen», sagt Iwan Deplazes, Leiter Asset Management der Zürcher Kantonalbank. Die schlechtesten Kassen verzinsten die Altersguthaben der Aktiven mit 2,0 Prozent; der Durchschnitt über alle Kassen hinweg lag bei 2,44 Prozent.

[Weiterlesen »](#)

“Ungebremste Senkung der Umwandlungssätze”

30. Mai 2024



Gabriela Medici, stv. Sekretariatsleiterin beim SGB, nimmt die Ergebnisse der ZKB PK-Studie zum Anlass, irreführende Vorwürfe gegen die Pensionskassen zu erheben. Das ist schon nicht mehr verwunderlich, aber doch beschämend: Die Kassen sind eine sozialpartnerschaftliche Institution, und mit den plumpen Angriffen beschädigt der Gewerkschaftsbund nur sein eigenes Werk. Was verspricht man sich davon?

 [Mitteilung SGB](#)



Aktuelles Kursprogramm

Jetzt Platz sichern!

Fachschule für Personalvorsorge

BVG-REFORM

Der 200 Franken Rentenzuschlag

21. Mai 2024



SP-Nationalrätin Samira Marti will in einer Interpellation vom Bundesrat wissen, 1) wie viel Prozent aller BVG-Versicherten im Rahmen der BVG-21 den max. Rentenzuschlag von 200 Franken erhalten werden und 2) wie sich die Rentenzuschläge für die 15 Uebergangsjahrgänge verteilen. Der Bundesrat (resp. das antwortende BSV) lässt durchblicken, dass hier keine sinnvollen Fragen gestellt wurden ...

Zur Frage 1) heisst es in der Antwort des Bundesrats: Den prozentualen Anteil der Zuschlagsberechtigten im Verhältnis zur Gesamtzahl der BVG-Versicherten anzugeben, wie in der Interpellation gefordert, ist kein zielführender Ansatz, um die Wirkung der Massnahme zu beurteilen. Denn der Zuschlag richtet sich einzig an die Übergangsgeneration, der bis zur Pensionierung nicht genügend Zeit bleibt, um die Senkung des Umwandlungssatzes auszugleichen; somit sind nicht alle derzeit aktiven Versicherten betroffen. Der Anteil der Versicherten, die den maximalen Rentenzuschlag von 200 Franken pro Monat erhalten werden, entspricht ungefähr 1,5 % der rund 4,5 Millionen aktiven Versicherten.

Zu 2) wird ausgeführt: Der reduzierte Rentenzuschlag für Vorsorgeguthaben zwischen 220'500 und 441'000 Franken steht noch nicht fest. Der Bundesrat wird diesen in einer Verordnung festsetzen. Der Anteil der Empfänger dieser Zuschläge kann gemäss der beantragten [Skala](#) geschätzt werden. (...)

Der Anteil der Neurentnerinnen und Neurentner der Übergangsgeneration, die einen Rentenzuschlag erhalten werden, wird mit schätzungsweise 50 Prozent höher sein als der Anteil, der schätzungsweise direkt von der Senkung des Mindestumwandlungssatzes betroffen sein wird.

 [Interpellation](#) / [Blick](#)

Vom Rentenklau zum Rentenbschiss

29. Mai 2024



pw. Gabriela Medici, Rentenexpertin beim SGB, klärt auf. In einer E-Mail stellt sie fest. "Viele Menschen wissen noch nicht, dass bei einer Annahme der BVG-Vorlage ein Rentenabbau von bis zu 3200 Franken pro Jahr droht. Mit diesem BVG-Bschiss werden insbesondere Frauen zur Kasse gebeten – ohne dass ihnen höhere Renten garantiert sind!"

Und wir geben zu: das haben wir nicht gewusst. Aber zur Verbreitung dieser Fake News gibt es jetzt gratis Buttons mit dem Aufdruck "Nein zum BVG-Renten-Bschiss mit zornig erhobenen Fäusten im DDR-Design.

Man macht beim Gewerkschaftsbund auf Populismus. Dabei gäbe es ja einige stichhaltige Argumente gegen diese Reform.

 www.bvg-bschiss.ch

Von den Reformen hängt es ab

22. Mai 2024



Seiler-Zimmermann

Die Handelszeitung hat ein Interview mit Prof. Yvonne Seiler Zimmermann zur BVG-Reform und der Zukunft der Altersvorsorge geführt. Auszüge:

Wie beurteilen Sie den Zustand des Schweizer Vorsorgesystems?

Der demografische Wandel und das anhaltend niedrige Zinsumfeld stellen bekannte Herausforderungen dar: Die Bevölkerung wird immer älter, tiefe Realzinsen sind eine Konsequenz davon. Durch Reformen in die richtige Richtung besteht jedoch die Möglichkeit, den Zustand des Schweizer Vorsorgesystems weiter zu

verbessern.

Welches sind die «richtigen» Reformen?

Bei Reformüberlegungen ist es wichtig, die Vorteile unseres Vorsorgesystems beizubehalten. Die erste Säule basiert auf dem Umlageverfahren, wodurch die Kosten bekannt sind. Die zweite Säule hingegen umfasst individuelles Sparen über den Kapitalmarkt, was sich nicht für sozialpolitische Entscheidungen eignet. Die dritte Säule ermöglicht privates und individuelles Sparen. Alle drei Säulen können dazu beitragen, die verschiedenen Herausforderungen abzufedern.

Bei den Herausforderungen wird auch die Altersarmut in der Schweiz immer öfter genannt. Ist dies ein Märchen oder harte Realität?

Die Altersarmut kann je nach Definition bereits bei 10 Prozent liegen. Es ist unbestreitbar, dass Altersarmut existiert. Eine ganz andere Frage ist, ob die 13. AHV-Rente eine angemessene Lösung für dieses Problem darstellt. Alle sind sich einig, dass solche sozialen Probleme in der Schweiz nicht auftreten sollten.

 [HZ](#)



**Solides Fundament gesucht?
Investieren Sie in Schweizer
Hypotheiken: renditeorientiert,
sicher und schnell verfügbar.**

ERFAHREN SIE MEHR



PENSIONSKASSEN / VERBÄNDE

IZS stärkt den Dialog

29. Mai 2024



Der Vorstand des Vereins IZS: (vorne, von links) Peter Wirth, Präsident Josef Bachmann, Lukas Wiede; (hinten, von links) Cyrill Schubiger, Geschäftsführerin Anna Lehmann und Mirja Sutter. Abwesend war Markus Bill (nicht im Bild). Foto: Claudio Zemp.

(vps.epas) Präsident Josef Bachmann begrüßte 14 Mitglieder zur Generalversammlung des Vereins «Innovation Zweite Säule» (IZS). Der Verein steht finanziell gut da und möchte weiterhin in Diskussionsveranstaltungen investieren und Aufklärungsarbeit leisten. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Per 2025 hat der Verein die Mitgliedsgebühren angepasst. Firmen zahlen neu 800 Franken, die Einzelmitgliedschaft wurde von 175 auf 100 Franken gesenkt. Ziel der Senkung ist es, mehr Mitglieder zu gewinnen. Neu wurde auch ein Rabatt eingeführt für Mitglieder des Vereins «Generationeninitiative».



KAPITALANLAGEN

Gute Noten für Sammelstiftungen

27. Mai 2024



inter-pension hat gemeinsam mit der Klima-Allianz ein Communiqué zu den Nachhaltigkeitsbestrebungen ihrer Mitglieder publiziert. Es wird festgehalten:

Die Klima-Allianz Schweiz, eine Organisation, die sich für eine fortschrittliche und gerechte Klimapolitik stark macht, nimmt die Rolle der Pensionskassen unter die Lupe, wenn es um nachhaltige Investitionen geht. Ihre Mission ist es, die Klimaverträglichkeit der Investitionen von über 400 Pensionskassen in der Schweiz regelmässig zu bewerten, um sicherzustellen, dass diese Einrichtungen zu einer nachhaltigeren Wirtschaft beitragen.

Weitverbreitete Intransparenz als Ursache für negative Bewertung

Bei den periodischen Überprüfungen der Klima-Allianz Schweiz zeigt sich, dass nur ein Drittel aller Pensionskassen im landesweiten Rating überdurchschnittlich abschneiden. Diese ernüchternde Erkenntnis ist vor allem der mangelnden Transparenz in den Investitionsentscheidungen zuzuschreiben. Die meisten Pensionskassen offenbaren nicht ausreichend, inwieweit ihre Anlagen den Prinzipien des Klimaschutzes entsprechen, was eine Bewertung ihrer Klimaverträglichkeit erschwert.

Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen als Vorreiter

Ein anderes Bild zeigt sich jedoch bei den Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen, insbesondere bei den Mitgliedern von inter-pension. Von den etwa 50 Mitgliedseinrichtungen von inter-pension schneiden 32 überdurchschnittlich ab, was sie zu führenden Beispielen in der Branche macht. Diese Einrichtungen haben erkannt, dass nachhaltige Investitionen nicht nur der Umwelt zugutekommen, sondern auch langfristig wirtschaftliche Vorteile bieten können.

[Weiterlesen »](#)

VERSICHERTE

Bundesrat beharrt auf seiner Rente

27. Mai 2024



Ehemalige Bundesratsmitglieder sollen für ihr Engagement gegen die 13. AHV-Rente büssen. Die Hälfte ihrer Ruhegehälter soll in die allgemeine AHV-Kasse fliessen, fordert die SVP. Die Landesregierung will davon nichts wissen, schreibt der Blick.

Der Schuss ging nach hinten los. Gleich mehrere ehemalige Bundesräte hatten im Abstimmungskampf die Schweizer Rentnerinnen und Rentner mit

einem adressierten Brief von einem Nein zur 13. AHV-Rente überzeugen wollen.

Das Volk aber sagte Anfang März nicht nur deutlich Ja zur Vorlage. Adolf Ogi (81, SVP), Doris Leuthard (61, Mitte) oder Johann Schneider-Ammann (72, FDP) kassierten auch einen gehörigen Shitstorm. Schliesslich bekommen die alt Bundesräte nach dem Rücktritt weiter die Hälfte ihres Jahresgehalts. Aktuell ergibt das eine Rente von über 230'000 Franken.

[Weiterlesen »](#)

Rätzel

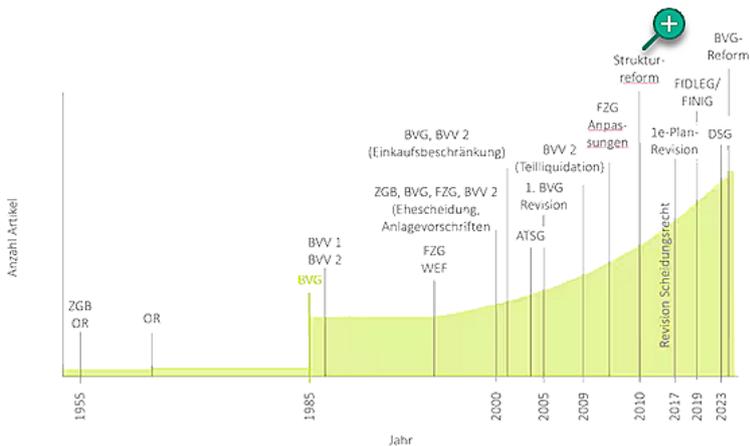
lösen ist unsere Leidenschaft. Darum finden wir gemeinsam mit Ihnen die beste Lösung für die Rückdeckung der Risiken Tod und Invalidität in der 2. Säule.

Mehr erfahren

GESETZGEBUNG

Umstrittene Kostentransparenz

29. Mai 2024



Steigende Anzahl der Gesetzesartikel zur 2. Säule

Nico Fiore, Geschäftsführer von inter-pension, äussert in einem Artikel der Handelszeitung Kritik an der von der SGK-N beschlossenen Motion zur Offenlegung der Verwaltungskosten von Pensionskassen. Fiore schreibt:

Obschon das Ziel dieser Motion absolut unterstützenswert ist, muss dabei beachtet werden, dass zusätzliche Regulierung oftmals mit einem höheren administrativen Aufwand einhergeht. Zugegebenermassen stellt diese

Forderung allein keinen bedeutenden Mehraufwand für die Pensionskassen dar.

Die Regulierungsdichte steigt allerdings seit Jahren stetig an, was in der Summe einen erheblichen Unterschied ausmacht. Anhand der unten stehenden Grafik kann man sehen, dass das heutige regulatorische Umfeld für Pensionskassen wesentlich anspruchsvoller ist, als es beispielsweise noch vor zwanzig Jahren der Fall war.

[Weiterlesen »](#)

Intransparente Sickerkosten

21. Mai 2024



pw. SP-Nationalrätin Samira Marti hat im März eine Interpellation mit dem Titel "Das Milliardengeschäft für Banken und Versicherungen. Die intransparenten Sickerkosten der beruflichen Vorsorge" eingereicht. Nicht genug damit, dass die Verwaltungskosten "Sickerkosten" sind, zu allem Elend sind sie auch noch intransparent. Sie verlangt vom Bundesrat, eine Statistik zur Schaffung einer Kennziffer zu den Kosten zu veranlassen, die jährlich für alle Pensionskassen zu veröffentlichen wäre. Der Bundesrat hat darauf geantwortet:

Ohne Analyse der Vermögensverteilung ist ein Kostenvergleich deshalb nicht aussagekräftig. Darüber hinaus müssen Vorsorgeeinrichtungen nicht nur die Kosten, sondern die (erwartete) Rendite und das Risiko der Anlage optimieren. In den letzten Jahren haben gerade kostenintensivere Anlagen wie Private Equity oder auch Immobilien insgesamt sehr gut abgeschnitten.

[Weiterlesen »](#)



Pensionskassenführung für Stiftungsräte

Zweitägiger Einführungs-Workshop
mit zahlreichen Case Studies

Dienstag, 11. und 18. Juni 2024, Zürich

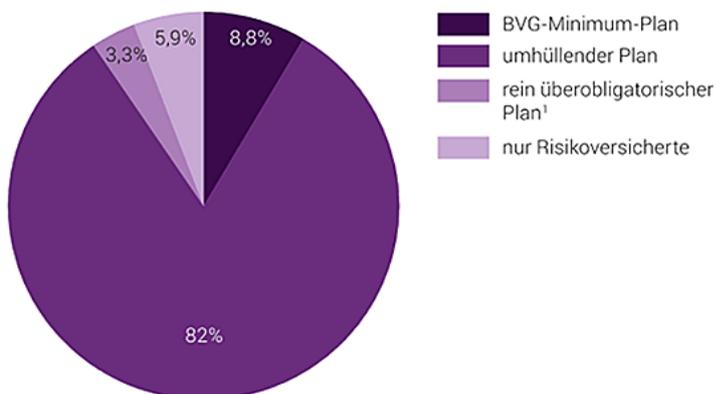


STATISTIK

PK-Statistik 2022

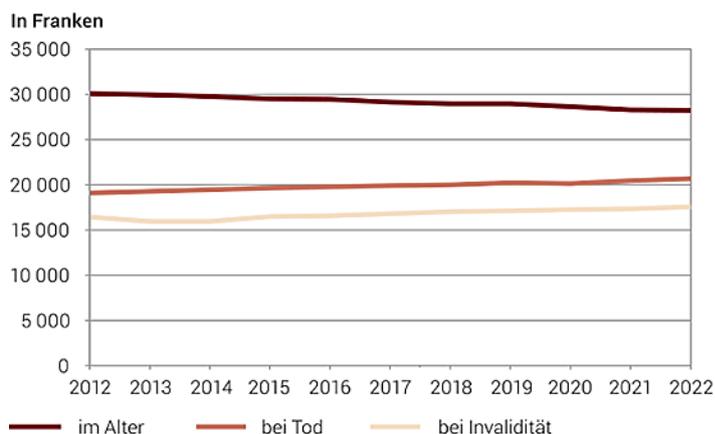
28. Mai 2024

Anteile der aktiven Versicherten nach Vorsorgeplänen, 2022

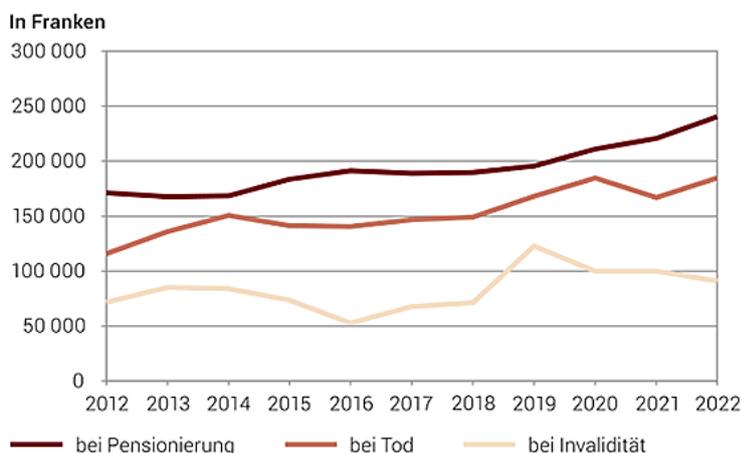


¹ Doppelzählungen werden in den überobligatorischen Plänen kompensiert.

Durchschnittliche Jahresrenten



Durchschnittliche Kapitaleleistungen



Das BfS hat die kommentierten Ergebnisse der PK-Statistik 2022 publiziert. Wenngleich die Angaben zu Vermögens-Anlagen, Deckungsgraden und anderen schnell sich ändernden Grössen eher historisches Interesse haben, bietet die Statistik doch zu Struktur und Entwicklung zahlreiche wichtige und interessante Erkenntnisse, welche nur durch die integrale Datenerhebung durch das BfS zu gewinnen sind.

 [BfS PK-Statistik](#)

SOZIALVERSICHERUNG

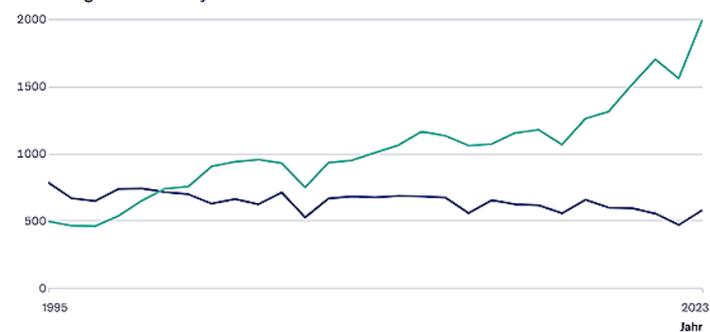
Immer mehr psychisch Kranke

27. Mai 2024

Rekord an psychischen Erkrankungen

IV-Neurenten bei den 18- bis 24-Jährigen

✓ Geburtsgebrechen ✓ Psychische Krankheiten



Quelle: BSV

NZZ / sal.

Bei den Jungen hat sich die Zahl der Fälle in nur zehn Jahren verdoppelt. Doch der Vormarsch der psychischen Erkrankungen betrifft die gesamte Bevölkerung. Albert Steck schreibt in der NZZ dazu:

Früher waren Geburtsgebrechen der weitaus häufigste Grund, der bei den Jungen zu einer IV-Rente führte. Inzwischen liegt dieser Anteil nur noch bei einem Fünftel. Dagegen haben sieben von zehn Neurenten psychische Gründe. Doch psychische Erkrankungen sind bei allen Altersgruppen auf dem Vormarsch: Sorgen sie vor zehn Jahren noch für weniger als 6000 Neurenten, sind es inzwischen mehr als 10 000. Allein im letzten Jahr betrug die Zunahme 20 Prozent.

Andreas Heimer von der Firma PK Rück hat diese Entwicklung ziemlich präzise vorausgesagt. Das Unternehmen dokumentiert und begleitet Fälle von Arbeitsunfähigkeit in 10 000 Betrieben mit 250 000 Angestellten. Diese Daten ermöglichen ein Frühwarnsystem – lange bevor die Invalidenversicherung zum Zug kommt.

[Weiterlesen »](#)

13. AHV-Rente: Vernehmlassung zur Umsetzung

22. Mai 2024



(BR) Der Bundesrat hat seine Vorschläge zur Umsetzung und Finanzierung der 13. AHV-Rente anlässlich seiner Sitzung vom 22. Mai 2024 in die Vernehmlassung geschickt. Die Eckwerte hatte er bereits im März festgelegt: Die 13. AHV-Altersrente soll ab 2026 einmal jährlich ausbezahlt und nachhaltig finanziert werden.

Die zusätzlichen Ausgaben steigen bis 2030 auf rund 4.7 Milliarden Franken jährlich. Um diese zu finanzieren und ein rasch wachsendes Defizit bei der AHV zu vermeiden, sieht der Bundesrat zwei Varianten vor: erstens eine Erhöhung der Lohnbeiträge, zweitens eine kombinierte Erhöhung von Lohnbeiträgen und Mehrwertsteuer.

Um eine zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts zu vermeiden, soll zudem der Bundesanteil temporär reduziert werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 5. Juli 2024.

 [Mitteilung BR und Unterlagen](#)

13. AHV-Rente: Schmerzhaftes Folgen der Mogelpackung

22. Mai 2024



Fredy Hasenmaile

Fredy Hasenmaile, Chefökonom der Raiffeisen, sieht viele Menschen der Illusion erliegen, dass sich eine schmerzlose Finanzierung der 13. AHV findet. In einem Kommentar in der Handelszeitung schreibt er:

"Nach dem Prinzip «Buy now, pay later» hat die Schweizer Bevölkerung auch bei der letzten Abstimmung über die 13. AHV-Rente gehandelt. Sie leistet sich eine Erhöhung der AHV, ohne dass die Bezahlung vorgängig geregelt wurde.

Dass es überhaupt möglich ist, Abstimmungsvorlagen ohne gesicherte Finanzierung an die Urne zu bringen, ist für sich allein schon höchst fragwürdig. Damit werden bewusst die Kosten verschleiert – und vor allem, wer die Rechnung letztlich bezahlen soll. Interessant sind die Abstimmungsanalysen. In meiner Alterskategorie haben dem Vorhaben gemäss Vox-Analyse 65 Prozent zugestimmt.

Wenn ich allerdings mein Umfeld befrage, dann bekennen sich nur rund 10 Prozent zu einem Ja. Es scheint Mut zu brauchen, einzugestehen, dass man wegen des eigenen Portemonnaies abgestimmt hat. Noch erstaunlicher ist allerdings das Abstimmungsverhalten der Jungen.

Rund 46 bis 47 Prozent der unter Vierzigjährigen haben dem Vorhaben zugestimmt. Offensichtlich haben die Jungen nicht verstanden, dass die Rentenerhöhungen der Altersgruppe der über Fünfzigjährigen bei Weitem nicht über deren Beiträge finanziert werden können und es die Jungen sind, die die Differenz bezahlen müssen – sei es über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder über höhere Lohnabzüge.

Deswegen sind solche Abstimmungen eigentliche Mogelpackungen, die zwar gut tönen – wie «Rentenerhöhung» –, aber im Endeffekt überproportional an gewissen Bevölkerungsgruppen hängen bleiben."



INTERNATIONAL

D: Aktion transparente Politiker

22. Mai 2024

Die Zeitung "Welt" hat mit der Unternehmerin Martine Dornier-Tiefenthaler ein Interview zur Situation der deutschen Wirtschaft geführt. Ein Vorschlag von ihr hat unser Interesse geweckt. Er könnte auch in der Schweiz ein eklatantes Transparenzmanko unserer Politik beheben.

Dornier-Tiefenthaler: So etwas wie Verkehr, Rente und Stromversorgung macht hoffentlich in Zukunft sowieso bald die KI. Umso wichtiger, zu definieren, was zu regeln bleibt. Wir bereiten gerade eine Aktion vor, in der wir von den Politikern genormte Lebensläufe mit Zeugnissen, Beurteilungen und so weiter erbitten.

Die Unterlagen sollte jeder im Internet einsehen können. Wenn einer nicht sagt, was er in seinem Leben gemacht hat, disqualifiziert ihn das für mich von vornherein. Es sollte eine politische Bildung, eine [abgeschlossene Berufsausbildung](#) und Arbeitserfahrung im Beruf und nicht nur in der Politik zur Ausbildung gehören. Sprachen lernen, lernen, wie andere leben. Und wir als Wähler sollten besser geschult werden zu erkennen, was wirklich ein guter Bewerber ist.



TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

JUNI

- 5. – 6. Juni, Zürich
vps.epas
Vorsorge-Symposium. [Link](#)
- 5. / 6. Juni 2024, Zürich
Swiss Life Pension Services
Vorsorge-Symposium. [Website](#)

- 11. Juni, online
IZS
Dialog zu BVG 21 mit Lukas Müller-Brunner und Reto Leibundgut. [Website](#)

Aus- und Weiterbildung

JUNI

- 4. / 13. / 14. Juni, Bern
vps.epas
Arbeitsrecht im Gesundheitswesen. [Website](#)
- 6. Juni, Zürich
vps.epas
Einführung in die berufliche Vorsorge, Modul 2. [Website](#)
- 6. / 13. / 20. /27. Juni, Zürich
vps.epas
Lehrgang Spezialist Risikoleistungen BVG. [Link](#)
- 10. Juni, Olten
Movendo
Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten. [Website](#)
- 11. / 18. Juni, Olten
vps.epas
Pensionskassenführung für Stiftungsräte. [Website](#)
- 13. Juni, Zürich
PK-Netz
Jahresrechnung verstehen. [Infos](#)
- 13. / 20. / 27. Juni, Zürich
vps.epas
Einführung in die berufliche Vorsorge, Module 3, 4, 5. [Website](#)
- 18. Juni, Zürich
SKPE
Weiterbildungsveranstaltung. [Website](#)
- 24. Juni, Webinar
vps.epas
Fokus Pensionskasse. [Website](#)
- 25 juin, Lausanne
CSEP
Journée de formation continue. [Website](#)

JULI

- 4. Juli, Olten
ASIP
Stiftungsratsausbildung. [Anmeldung](#)

[weitere Termine](#)

Impressum

Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch

Redaktion: Peter Wirth, [E-Mail](mailto:info@vorsorgeforum.ch)

Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](http://www.vorsorgeforum.ch) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.

Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.